

Hamburger Flüchtlingspolitik: Abschreckung durch Auslagerung, Schikane und Abschiebungen statt Bleiberecht

Kundgebung vor der Hamburger Ausländerbehörde

Freitag, 23. Februar, 10:00 – 12:00 Uhr

anlässlich des bundesweiten Aktionstages zu „100 Tage Bleiberecht“

Vorsortiert um abzuschieben:

Nicht die Umsetzung der auf der IMK im Nov. 06 beschlossenen Bleiberechtsregelung, sondern die konsequente Reduzierung der Flüchtlingszahlen ist erklärtes Ziel der Hamburger Behörden. Zwar werden angeblich 3000 Anträge auf Bleiberecht vorsortiert und teilweise entschieden, wozu die Zahl der zuständigen Sachbearbeiter von 8 auf 12 aufgestockt wurde. Politisch betrachtet ist aber dieser Entwicklung nichts Positives abzugewinnen. Es geht letztendlich nur darum, die im Status der Duldung lebende Menschen vor zu sortieren und die Flüchtlinge, die den Kriterien der Bleiberechtsregelung nicht genügen, möglichst schnell abzuschieben.

Abschiebung um jeden Preis:

Die Bilanz muss stimmen

Rekordverdächtig sind in der von Udo Nagel am 1.2.07 vorgelegter Bilanz des Einwohnerzentramtes vor allem die angegebenen Zahlen zur "Entwicklung der Rückführungen einiger afrikanischer Herkunftsländer", dabei insbesondere die der Abschiebungen nach Guinea. Der fast senkrechte Anstieg dieser Kurve ist auf die Machenschaften einer dubiosen Delegation aus diesem von einer korrupten Clique regierten westafrikanischen Land zurückzuführen: Ohne Einbeziehung der eigentlich zuständigen Botschaft erklärten die zum Teil hinter Sonnenbrillen versteckten Damen und Herren aus Guinea für viel Geld von der Hamburger Ausländerbehörde Hunderte afrikanischer Flüchtlinge in rechtlich mehr als fragwürdigen Verhören zu Guinea-Innen und stellten stapelweise Reisepapiere aus. Trotz aktuell bürgerkriegsähnlicher Zustände in Guinea verweigert Innenminister Nagel weiterhin einen Abschiebestopp. Auch nach Benin, Ghana, Togo und in andere afrikanische Länder wurde skrupellos abgeschoben, mehrmals mit auf EU-Ebene koordinierten Sammelcharterflügen. Flüchtlinge, die sich gegen solche Abschiebung wehren, werden gefesselt und mit Medikamenten ruhig gestellt. Die jüngste Sammelabschiebung aus Hamburg fand erst in der letzten Woche in der Nacht 14./15. Febr. statt. Wieder waren 28 afrikanische Flüchtlinge (Ghana und Kamerun) die Opfer.

Vorreiter ist Hamburg auch bei der Abschiebung afghanischer Flüchtlinge, zuerst von alleinstehenden Männern, dann von kinderlosen Ehepaaren, und jetzt sollen auch Familien mit Kindern in ein Land abgeschoben werden, aus dem jeden Tag neue Schreckensmeldungen zu hören sind. Nicht zufällig beklagt die Behörde allerdings, dass die "Rückführung

ausreisepflichtiger Afghanen" besonders schwierig sei. Zahlreiche Unterschriften-sammlungen, Veranstaltungen und Demonstrationen forderten ein Bleiberecht afghanischer Flüchtlinge, und erst vor ein paar Tagen stoppte das Verwaltungsgericht die geplante Abschiebung einer afghanischen Familie. Bleiberecht wird bei genauer Betrachtung der Behördenzahlen nur einem sehr geringen Teil dieser Flüchtlinge gewährt. Eine erschreckend hohe Zahl der AfghanInnen ist laut Behördenbilanz "unkontrolliert ausgereist", sprich: untergetaucht und/oder lebt illegalisiert. Wir fordern von der Härtefallkommission, die am 22.2.07 über das Schicksal von mehreren afghanischen Familien entscheidet, ein deutliches Zeichen gegen Abschiebungen nach Afghanistan !!!

Flüchtlingsfreie Stadt durch Verlagerung der Zentralen Erstaufnahme nach Horst in Mecklenburg-Vorpommern

Zu befürchten ist außerdem, dass der Zugang von Flüchtlingen nach Hamburg weiter zurückgehen wird, nachdem die Zentrale Erstaufnahme nach Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern ausgelagert wurde, in ein Lager mitten im Wald, weitab von jeglicher notwendigen Infrastruktur. Erklärtes Behördenziel war schon 2003 im Konzept des Senats zur "Neuordnung der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung", eine solche Einrichtung "nicht citynah" anzusiedeln, um so "möglichst unattraktive Rahmenbedingungen" zu schaffen. Mit der Auslagerung nach Nostorf/Horst scheint Hamburg diesem Ziel um einiges näher gekommen zu sein:

Neuesten inoffiziellen Angaben zufolge halten sich dort zur Zeit nur 18 neuangekommene "Hamburger" Flüchtlinge auf obwohl 350 Plätze in diesem Lager für Hamburg zur Verfügung stehen und 30 auf jeden Fall bezahlt werden. Auch durch "intensive Anhörungen über den Reiseweg" wird versucht, in Hamburg ankommende Flüchtlinge gleich wieder los zu werden.

Abschreckung durch Ausgrenzung, Schikane und drohende Abschiebung sind wesentliches Mittel der Hamburger Behörden, die Stadt weitgehend "flüchtlingsfrei" zu machen.

Der Flüchtlingsrat Hamburg fordert:

- **Bleiberecht für alle Flüchtlinge**
- **Schließung aller Lager**
- **Recht auf Bewegungsfreiheit und freie Wohnungswahl**